

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure: für den innerpolitischen Theil: F. Hachfeld, für den übrigen redaktionellen Theil: E. R. Liebscher, beide in Posen

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: F. Klugkist in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 855

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich **drei Mal**, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 6. Dezember.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.,** auf der letzten Seite **80 Pf.,** in der **Mittagausgabe 25 Pf.,** an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags,** für die **Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm.** angenommen.

1893

Deutscher Reichstag.

13. Sitzung vom 5. Dezember, 2 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die **erste Berathung der Abänderung der Stempelsteuergesetznovelle.**

Bayrischer Finanzminister **Dr. v. Riedel:** Wenn ich zunächst das Wort zur näheren Begründung des vorliegenden Gesetzentwurfs nehme, so geschieht das, weil die bayrische Regierung den größten Werth auf die Annahme dieser Entwürfe legt und weil ich selbst später schwerlich hier im Hause anwesend sein kann. Es wird aber nicht möglich sein, den Entwurf über die Stempelabgaben vollständig loszulösen von den übrigen Entwürfen. Wer sich vor der Lage sieht, den Steuerentwürfen seine Zustimmung zu geben, muß sich die Finanzverhältnisse des Reichs und der Einzelstaaten vor Augen führen. Die Mehrzahl der hierher gehörigen Fragen wurde schon bei der Berathung des Reichshaushaltsetats mehr oder minder gestreift. Ich kann aber nicht verzichten im Zusammenhang auf dieselben bei der heutigen Berathung zurückzukommen. Sie mögen es entschuldigen mit dem Wort: Doppelt genäht, hält besser. Die finanziellen Verhältnisse des Reichs und der Einzelstaaten bedürfen einer ernsthaften Aufbesserung. Ueber die Ziffern, die der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamtes gegeben hat, kann sich auch der gewandteste Rechenkünstler nicht hinwegsetzen. Die Ausgaben des Reichs werden in den nächsten Jahren noch bedeutend zunehmen. Die Einzelstaaten ihrerseits befinden sich in großer Verlegenheit und müssen nach Mitteln suchen, um die durch höhere Matrikularbeiträge und durch den Wegfall der Ueberweisungen entstandenen Lücken auszufüllen. Die nach dem Etatsentwurf für 1894/95 für Bayern in Aussicht genommenen Matrikularbeiträge übersteigen die Ueberweisungen um 12¹/₅ Millionen, obwohl wir auf Einstellung einer Quote verzichten und wir den Antheil an den Ueberweisungen in den Etat in einer Höhe aufgenommen haben, die nach den Erfahrungen des laufenden Jahres wohl kaum erreicht werden wird. Es beruhigt mich aber, daß die Einnahmen des Reichs in den nächsten Jahren steigen werden, wie es der Herr Staatssekretär beleuchtet hat. Die Nothwendigkeit der Beschaffung von Mitteln seitens des Reichs wird wohl ernstlich nicht bestritten werden. Gegen eine Reichseinkommensteuer muß ich mich vom Standpunkte Bayerns mit derselben Entschiedenheit erklären, wie der preußische Finanzminister. Das partikulare Bedürfniß, den heimischen Verhältnissen jeder Zeit Rechnung zu tragen, erheischt die weiteste Autonomie der Einzelstaaten auf dem Gebiete der direkten Steuern. Dazu kommt, daß die Frage der stärkeren Belastung in einzelnen Staaten außerhalb der Einkommensteuer gelöst worden ist. Das Reich würde sich also, um eine gerechte Belastung herbeizuführen, auch in die Verwaltung der Steuern der Einzelstaaten mischen. Was bleibt da noch übrig von Selbständigkeit der Einzelstaaten auf steuerlichem Gebiete? Nach der bisherigen Entwickelung müssen die direkten Steuern den Einzelstaaten, die indirekten dem Reich vorbehalten bleiben. Auf diesem Wege sind die verbündeten Regierungen geblieben. Ungerecht ist der Vorwurf, daß sie dabei die schwächeren Schultern belasten. Daß auf die Stempelsteuer das nicht zutrifft, ist klar. Auch bei der Quittungssteuer kann bei der Geringfügigkeit des Satzes und den vielen Ausnahmen von einer Belastung des kleinen Mannes keine Rede sein. Bei Ausstellung von Rechnungen bedarf es keiner Steuer. Der Handwerker braucht gar keine Quittungssteuer zu zahlen. Das ist Sache desjenigen, der eine Quittung haben will. (Heiterkeit links.) Auch bei der Weinsteuer waren wir bemüht, das Getränk des kleinen Mannes frei zu lassen. Hätten wir keine Weinsteuer vorgeschlagen, so würde man uns sicherlich Vorwürfe darüber gemacht haben. (Zustimmung.) Bei der Tabaksteuer haben die verbündeten Regierungen die Rückwirkungen auf die Verhältnisse der Arbeiter nicht außer Acht gelassen. Der Annahme eines starken Konsumrückganges stehen die Erfahrungen entgegen, die wir bei der viel stärkeren Besteuerung von 1879 gemacht haben. Der von der Regierung angenommene Konsumrückgang betrifft nicht die Zahl der Fabrikate, sondern des Gewichts. Der Vorwurf der Belastung des kleinen Mannes verliert an Gewicht dadurch, daß Niemand zum Rauchen gezwungen ist und daß die Regierung von einer irrationellen Gewichtsbesteuerung zu einer rationellen Werthbesteuerung übergeht. Und was geschieht, wenn die Reichs-Einnahmen nicht erhöht werden? Dann müssen wir in Bayern zu einer Erhöhung der Einkommensteuer übergehen. Dabei würden die mittleren und kleineren Einkommen gerade belastet werden. Es müßte eine große Anzahl von Personen also Steuern zahlen wollen oder nicht, während bei den indirekten Steuern die Antheilnahme im Belieben des Einzelnen liegt. Gerade von einer Heraufschraubung der direkten Steuern ist ein größerer Rückschlag auf Handel und Wandel zu erwarten. Gerade im Interesse der Arbeiter ist deshalb eine rationelle Einführung von indirekten Steuern irrationellen direkten Steuern vorzuziehen. Dadurch, daß das Reich die jetzigen indirekten Steuern fast ganz für sich in Anspruch nimmt, sind Verhältnisse geschaffen, die nach dem einstimmigen Urtheil aller Einzelstaaten beseitigt werden müssen. Auf Grund meiner langjährigen Erfahrungen kann ich konstatiren, daß die Einzelstaaten ein einwandfreies Budget gar nicht aufstellen können, wenn die bisherigen Schwankungen fortdauern. Ueber Nacht können trotz aller Vorsicht solche schwer zurückzuweisende Anforderungen an die Staatskassen herantreten, daß man vor einem Defizit steht, zu dessen Deckung die Mittel fehlen. Die Matrikularbeiträge Bayerns sind in den letzten 5 Jahren um 16 Millionen Mark gestiegen, das ist ein Betrag von mehr als 50 Prozent der gesammten direkten Steuern Bayerns. Solche Schwankungen müssen beseitigt werden. Es war zwar die Ansicht geltend gemacht worden, daß die Einzelstaaten keine Ansprüche an eine finanzielle Beihilfe von Seiten des Reiches erheben dürfen. Schon 1879 ging man von dieser Anschauung ab, und dabei ist man bei den späteren Gesetzgebungen, bei der Reichsstempelsteuer und der Branntweinsteuer von Seiten der gesetzgebenden Faktoren des Reiches geblieben. Es haben die Einzelstaaten nicht blos im Hinblick auf die zu erwartenden Ueberweisungen Ausgaben gemacht, sondern sie haben auch erhebliche Erleichterungen eintreten lassen, für Bayern im Betrage von 5 Millionen Mark, also nahezu soviel als jetzt sein Defizit beträgt. Davon, daß durch die Steuerreform eine Steuerbewilligung auf Vorrath geplant sei, kann nach dem Wortlaut der Vorlage nicht die Rede sein, um so weniger, wenn man erwägt, daß wir 2 Milliarden Schulden haben und auch einmal an die Tilgung derselben denken müssen. Die Steuerreform plant keine weitere Belastung, sondern legt die Lasten nur auf andere Schultern. Es ist richtig, daß, wenn keine Ueberweisungen mehr stattfinden, die Einzelstaaten für die Beiträge selbst aufkommen müssen. An diese Erwägungen haben sich die verbündeten Regierungen bei den Steuer-Vorlagen gehalten. Man bestreitet nun, daß der Bedarf im Reiche und den Einzelstaaten wirklich vorhanden ist, man giebt sich nicht die Mühe zu untersuchen, ob nicht auf anderem Wege die Sache besser gemacht werden kann. Man begnügt sich mit der einfachen Negation. Damit kommen wir nicht weiter. Ich bin überzeugt, daß wenn der Tabaksteuerentwurf abgelehnt wird, eine Vorlage in allerkürzester Zeit wiederkommen muß. (Widerspruch.) Der Tabak ist eben ein steuerfähiges Objekt und trägt in unsern Nachbarländern das 7fache von dem, was er bei uns tragen soll. Man hat es dargestellt, als ob der bayerische Finanzminister bei den Steuergesetzen nur der Handlanger des preußischen Finanzministers gewesen ist. In den vorliegenden Fragen ist lediglich die Rücksicht auf das Wohl des Reiches und die vitalsten Interessen Bayerns für uns bestimmend gewesen. In diesen Interessen stimmen allerdings in der Hauptsache alle Einzelstaaten überein. Wir erstreben eine bessere Ordnung, welche dem Reich und den Einzelstaaten eine stetige Finanzwirthschaft ermöglicht, wir wollen ferner, daß eine Vermehrung der direkten Steuern hintangehalten und die indirekten so gestaltet werden, daß sie möglichst leicht ertragen werden können. Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich Sie, an die Steuervorlagen heranzutreten, sie zu prüfen und anzunehmen. Sie werden damit dem deutschen Volke einen großen Dienst erweisen.

Abg. **Richter:** Ich glaube das Gegentheil. (Heiterkeit.) Die heutige allgemeine Rede hätte der Herr Minister sehr gut bei der ersten Etatslesung halten können. Er hätte ja damals nicht so schnell abzureisen brauchen. Wenn heute eine so allgemeine Debatte wieder eingeleitet wird, so scheint es, als ob man uns möglichst von der Kritik des Einzelnen abhalten wollte. Was an allgemeinen Betrachtungen der Herr Vorredner vorgebracht hat, hat Herr Miquel schon viel besser gesagt als er heute. (Heiterkeit.) Er versichert uns, daß die Finanzminister der Einzelstaaten in Beurtheilung der Bedürfnißfrage einig sind. Natürlich, sie nehmen alle gerne, und Herr v. Riedel gerade ist im ganzen Reiche dafür bekannt, daß er gern aus dem Vollen wirthschaftet. (Heiterkeit.) Was die Schwankungen in den Etats der Einzelstaaten betrifft, so liegen sie in Preußen wenigstens weniger an dem Verhältniß zum Reich als an den Staatseisenbahnen. Von einer dauernden festen Regelung des Verhältnisses vom Reich zu den Einzelstaaten ist ja auch bei der Reform keine Rede, da das Gesetz ja nur auf 5 Jahre gemacht wird. Daß man in Bayern im schlimmsten Falle zu einer Steigerung der direkten Steuern schreiten muß, wird Niemanden graulich machen, da dort die indirekten Steuern so hoch sind, wie nirgends. Der föderative Gedanke, von dessen Pflege die Rede war, wird gerade dadurch erheblich geschädigt, daß die Einzelstaaten Kostgänger des Reiches werden. Wenn die Vorschläge der Regierungen so schön sind, warum versuchen Sie es denn nicht in Bayern mit einem Frachtstempel, in der Pfalz mit einer bayerischen Weinsteuer? Weil sie es gar nicht wagen dürfen, damit vor die bayerische Kammer zu treten. (Zustimmung links). Wir sind nicht negativ, unser positives Programm ist Abschaffung der Liebesgabe. Deren Beseitigung hat aber gerade der bayrische Finanzminister vereitelt. Was die Tabaksteuer betrifft, so ist eine Verminderung des Konsums beim Steigen der Preise unausbleiblich. Man droht mit dem Wiederkommen der Tabaksteuer. Nun das wollen wir abwarten. Das hat man uns beim Branntweinmonopol und beim Tabaksmonopol auch gesagt und sie sind doch nicht wiedergekommen. Aber wenn die Tabakfabrikatsteuer angenommen wird, dann kommen wir sicher zum Monopol. Denn es wird ein solches als Erlösung von dem Druck und den Kontrollschereretien von den Interessenten gefordert werden, die dann doch wenigstens einige Entschädigung zu erhalten hoffen. In England, Oesterreich und Frankreich, sagt man, bestehen ja so hohe Tabaksteuern. Wie kann man so ungleiches vergleichen? Wenn wir es erst auf das Maß der Besteuerung und der Schulden, wie sie dort bestehen, gebracht haben werden, so könnten wir uns diesen Hinweis gefallen lassen. Ich will aber diese Erörterungen fallen lassen. Man kann nicht bei jeder Gelegenheit über Alles reden. — Was die Stempelsteuernovelle betrifft, so ist es so dargestellt worden, daß dieselbe mehr Aussicht hätte, als die anderen Projekte. Seit dem Schutzzollsystem wird in weiten Kreisen der Bevölkerung die Bedeutung von Freiheit, von Handel und Verkehr nicht mehr recht gewürdigt. Es schafft nicht Landwirthschaft und Industrie produktive Werthe allein, diese werden erst produktiv dadurch, daß sie dem Konsum zugänglich werden. Handel und Verkehr verbinden Konsumtion und Produktion. Unsere Zeit steht im Zeichen des Verkehrs. Einen drastischeren Belag, als die Schwierigkeiten, die der Benutzung der Verkehrsmittel in den Weg gelegt werden durch den Entwurf, für den Sinn, den man für die Erleichterung des Verkehrs hegt, kann es nicht geben. Es können sich jetzt Steuerbeamte wie die Reisigen in früheren Jahrhunderten auf den Weg des Verkehrs legen und einen Zoll erheben, ohne daß Gegenleistungen stattfinden. Ich bin ein grundsätzlicher Gegner aller Umsatzsteuern, gleichviel ob sie mobile oder immobile Werthe treffen. Durch eine Bezeichnung solcher Steuern als Börsensteuer düpirt man nur die dummen Leute aus der Provinz, die glauben, daß den Leuten, die an Börsenplätzen ohne erhebliche Anstrengung bequem leben, noch mehr abgezwackt werden könnte. Wozu ist denn eine Einkommensteuer da? Durch solche Maßregeln etwa die Moralität der Börse zu heben, ist erst recht verkehrt. (Sehr richtig! links.) Das Publikum ist dort, wie an allen Marktplätzen ein sehr gemischtes. Leute aller Parteien sind dort vertreten. Sind doch auch von 17 Bankinstituten Sammlungen für die Militärvorlage dort veranstaltet worden. Diese Steuer wird gerade die soliden Geschäfte treffen. Eine Reihe derselben wird sehr erschwert werden. Die Verdoppelung der Steuer wird die Geschäfte, welche ein sehr hohes Risiko haben, durchaus ebenso wenig verhüten, wie etwa eine Verdoppelung des Spielkartenstempels das Spiel oder der Stempelsteuer das Wuchern. Eine Steuer auf Umsatz kennt man weder in Frankreich noch in England. In dreifacher Richtung wirkt die Steuer nachtheilig, erstlich für die Provinzialbankiers, die aus Konkurrenz mit den Bankiers an den Hauptplätzen als Selbstkäufer auftreten müssen und nicht mehr Kommissionsgeschäfte machen können, da sie ihren Kunden nicht mehr Unkosten berechnen könnten, als es an den Zentralplätzen der Börse der Fall ist. Die im Gesetz vorgesehene Erleichterung der Kommissionsgeschäfte wird die Erschwerung durch Verdoppelung der Steuer nicht neutralisiren. Es wird die Wirksamkeit der Provinzialbankiers eingeschränkt werden zu Gunsten der Bankiers an den großen Plätzen, und das Gesetz wird so schädigend wirken auf die Kreditwürdigkeit in den Provinzen. Ferner sind durch die verschärften Kontrollmaßregeln die Verhältnisse für die kleinen Banken zu Gunsten der großen an den Börsenplätzen selbst verschoben. Bisher hatten die Steuerbeamten nur das Recht, die Geschäftspapiere der Aktiengesellschaften zu durchstöbern. Jetzt muß jeder Privatbankier seine Papiere in Bezug auf das Konto seiner Kunden den Behörden vorzeigen. Die Kontrole ist offenbar besonders empfindlich in den kleinen Orten, wo die einzelnen Personen einander nahe stehen und kennen. Da ist es Jedem doppelt peinlich, sich durch den Steuerbeamten in die Tasche seiner Finanzoperationen gucken zu lassen. Die Kunden werden sich deshalb den hauptstädtischen Bankiers zuwenden. Die Kontrole ist um so entbehrlicher, als in dem ganzen Jahre 1890/91 der Gesammtbetrag der defraudirten Stempelsteuerbeträge sich auf nur 115 Mark belief, während die Defraudationen an Branntweinsteuer in demselben Jahre 132 000 Mark betrugen. (Hört, hört! links.) Wir haben durchaus kein Interesse, das Uebergewicht der großen Bankanstalten den kleinen gegenüber noch zu verstärken. Hauptsächlich fällt bei der Steuer aber ins Gewicht die Schädigung des volkswirthschaftlichen Arbitragegeschäfts. Der Gewinn bei demselben ist so gering, daß eine Verdoppelung des Stempels sehr schwach empfunden werden muß. Ist es richtig, daß man solche Aktiengesellschaften, welche wichtige öffentliche Aufgaben zu erfüllen sich bemühen, wie Gesellschaften zum Bau von Kleinbahnen, von vornherein mit einem vollen Prozent für das Reich besteuert? Was die Obligationen angeht, so bedauere ich, daß uns nicht eine Statistik vorgelegt ist über die Vertheilung des Effektenstempels. Es würde daraus hervorgehen, daß ein großer Theil der Steuer auf die von Kommunen ausgegebenen Obligationen fällt. Die Kommunalanstalten, die Schlachthäuser, Wasseranlagen zc. werden also thatsächlich besteuert. Da wäre doch eine Freilassung dringend zu wünschen. Für höhere Besteuerung der ausländischen Effekten ist ja einigermaßen Stimmung vorhanden wegen der vielen Verluste, die durch schlechte ausländische Papiere entstanden sind. Wird aber der Stempel die Auflegung schlechter Papiere bei uns verhindern? Keineswegs. Worin liegt denn die Ursache, daß jetzt mehr als früher das deutsche Publikum geneigt ist, fremde Papiere zu kaufen? Weil der Zinsfuß der heimischen Papiere herabgesetzt worden ist. Man rühmt unsere Handelspolitik, durch die Besteuerung der ausländischen Effekten wird aber der Grundsatz dieser Politik verlassen. Liegt auch nicht die Gefahr nahe, daß man Repressalien üben und unsere Staatspapiere im Auslande das wird entgelten lassen? Was die Lotteriesteuer angeht, so wünsche ich, daß die Reichsregierung, ebenso wie sie alle Spielbanken aufgehoben hat, auch alle Lotterien aufhöbe. (Zustimmung.) Durch eine Erhöhung der Steuer wird aber das finanzielle Interesse des Reichs an der Erhaltung der Lotterien verstärkt. Ueber den Quittungsstempel ist nicht viel zu sagen, denn wer den annimmt, mit dem ist nicht zu reden. (Heiterkeit.) Schon vor 12 Jahren hat Windthorst entschieden verlangt, daß man eine solche Steuer definitiv aufgebe. Sehr überrascht hat mich die Behauptung des Herrn Schatzsekretärs, daß bei Baarzahlungen keine Quittung gegeben werde. Das mag auf dem Lande so sein, aber gilt schon für Posen nicht mehr. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß der Herr Schatzsekretär die gute Gewohnheit hat, die Handwerker gleich zu bezahlen. (Heiterkeit.) Da wird er wissen, daß jeder Schuster die Quittung gleich mitschickt. Die Quittung gehört einfach zur Ordnung des wirthschaftlichen Lebens. (Zustimmung.) Es ist in der That eine Steuer auf den Ordnungssinn im Geschäft und ich kann mir etwas Widersinnigeres nicht denken. Der bayerische Finanzminister meint, es handele sich ja nur um geringfügige Beträge. Dann nehmen Sie sich doch nicht selbst noch von der Steuerpflicht aus, bezahlen Sie doch auch die 10 Pfennige. (Sehr gut! links.) Bringen Sie uns noch nachträglich einen Bundesrathsbeschluß, der dieses häßliche Privileg für Sie beseitigt. Diese Steuer ist so recht eine Steuer auf den Mittelstand. Dasselbe gilt vom Frachtstempel, der nichts weiter ist, als ein Zuschlag zu den Fahrpreisen. Aus wirthschaftlichen Gründen hat man einen solchen Stempel früher abgelehnt. Aber jetzt kennt der Fiskus gar keine Rücksicht mehr. Gerade diejenigen Parteien, welche für die Militärvorlage gestimmt haben, haben alle Veranlassung, uns vor den Schädigungen und Nachtheilen dieses Stempelsteuergesetzes zu bewahren und ihre Verantwortung nicht noch zu vergrößern. (Zustimmung links.)

Reichsschatzsekretär Graf **v. Posadowsky:** Wir fürchten uns nicht, denn diese Steuern sind nach reiflicher Ueberlegung eingebracht und Herr Richter kann getrost von dem Recht der Kritik reichlichen Gebrauch machen. Bisher hat sich die Börse gegenüber ihrer höheren Heranziehung recht ruhig verhalten. Auch bei der Berathung der Militärvorlage war man im Hause einig, daß die Börse zu den Lasten der Militärvorlage beitragen müsse. Nach der letzten Erhöhung des Umsatzstempels hat sich die Rentabilität der Börsengeschäfte nicht vermindert, sondern vermehrt. Kein Sachverständiger wird glauben, daß ein Rückgang des Börsengeschäfts eingetreten ist in Folge des Stempels. Der Rückgang ist in Folge der Ueberspekulation der Jahre 1888—1891 eingetreten. Ich bestreite, daß dies Gesetz aus einer feindseligen Stimmung gegen die Börse entstanden ist. Man mag über die Börse denken, wie man will, ihre wirthschaftliche Nothwendigkeit wird niemand bestreiten.

Auch kann sie nicht in dem Maße besteuert werden, daß sie nicht mehr im Stande ist, die internationalen Beziehungen aufrecht zu erhalten. Ich glaube allerdings, daß die kleine Spekulation weniger ihr Ziel darin gesehen hat, den Staatskredit zu heben, als hochverzinsliche ausländische Papiere unter die Leute zu bringen, wodurch das Publikum sehr geschädigt ist. (Sehr richtig! rechts). Auch die Börsenenquetekommission ist zu dem Resultat gekommen, daß der Börse in gewisser Richtung Fesseln angelegt werden müssen. Warum wir ausländische Papiere höher besteuern, ist danach ziemlich klar. Den Werth der Arbitrage für die Ausgleichung der Kurse und die Begleichung unserer Handelsbilanz erkennen wir an, wir haben aber kein Mittel, das Arbitragegeschäft besonders zu schonen. Andere Leute haben gemeint, wir hätten die Börse nicht genug besteuert, die Zeitgeschäfte müßten höher besteuert werden als die Kassageschäfte. Es ist nicht nothwendig, daß jedes Zeitgeschäft ein Differenzgeschäft ist. Es wäre auch praktisch nicht möglich gewesen, die Differenzgeschäfte von den Kassageschäften zu trennen. Auch in anderen Ländern macht sich das Streben geltend, die Börse höher zu besteuern. Ich erinnere an Frankreich, wo die Börsensteuer 59 Millionen einbringt, und an England. Daß der kleine Handwerker den Quittungsstempel trägt, fließt aus akademischen Erörterungen, ist Theorie. Thatsächlich wird er ihn bei den Waaren mitkalkuliren oder in Rechnung setzen. Ich stehe seit 26 Jahren im praktischen Leben und weiß, daß bei großen Geschäften im geschäftlichen Verkehr Quittungen unentbehrlich sind. Wenn ich davon sprach: wer baar zahlt, braucht keine Quittung, meinte ich natürlich nur den engsten Kreis der kaufmännischen Geschäfte. Nun gar der Vorwurf, daß wir den Wucher förderten. Wer in Wucherhänden sich befindet, wird sich nicht scheuen, ein Darlehen zu nehmen, auch wenn er den Stempel von 10 Pf. bezahlen muß. Die Engländer und Franzosen sind doch auch praktische Leute, und haben auch einen Quittungsstempel. Vom Check des armen Mannes darf man nicht sprechen. Nach der mir zugegangenen Uebersicht haben die Checks durchschnittlich den Betrag von 15, 125 und Giroanweisungen den Betrag von 702 000 Mark erreicht. Bezüglich des Frachtgutstempels verweise ich auf das Beispiel Frankreichs. Es trifft bei unserm Gesetz nicht zu, daß wir den Handel als Schmarotzerpflanze ansehen. Die vielgerügte Revision soll nur bei Geschäften eintreten, die gewerbsmäßig solche Geschäfte treiben. Das Beispiel Englands, auf das man ihn verweist, ist für uns nicht maßgebend. Wollen Sie uns eine Mahlsteuer geben, wie sie England hat, die 200 Millionen einbringt? Wenn wir Englands insulare Lage hätten, brauchten wir diese Steuern überhaupt nicht. Der Stempel auf Frachtgüter trifft nicht die Minderwohlhabenden. Gerade die kleinen Packete und Frachtgüter werden von Personen an Personen gesandt, welche den wohlhabenden Klassen angehören. — Wir stehen vor der diva necessitas, neue Steuern schaffen zu müssen. Wir glauben, daß unsere Vorschläge die minderwohlhabenden Klassen verhältnißmäßig am wenigsten belasten. Prüfen Sie die Vorschläge wohlwollend oder setzen Sie etwas Besseres an die Stelle. (Beifall rechts.)

Abg. Graf **Kanitz** (dk): Bei den Handelsverträgen haben wir auf sichere Einnahmen nutzlos und zwecklos verzichtet und werden auf viele Jahre hinaus Millionen und abermals Millionen zu decken haben. Ist Herr Richter im Stande, bessere Steuern an Stelle der vorliegenden vorzuschlagen? Herr Richter hat auch noch einen lauten Schuß gegen die Militärvorlage losgelassen. Warum denkt er nicht an die Handelsverträge? Aber der Fuchs ist ins Eisen getreten, nun läßt es ihn nicht los. (Heiterkeit.) Die Tabak- und Weinsteuer hat im Lande eine größere Opposition erfahren als die Börsensteuer. Von der Börsenenquetekommission kann man wirklich sagen, der kreisende Berg hat eine Maus geboren. Die Minorität unter Führung des Grafen Arnim-Muskau und des Frhrn. v. Huene haben viel weitergehende Vorschläge gemacht, sie wird hoffentlich bald Gelegenheit haben, ihre Ansichten hier zur Geltung zu bringen. Man darf sich nicht verhehlen, daß der Ertrag der Börsensteuer in der letzten Zeit zurückgegangen ist. Mit Herrn Richter bin ich in dem Gedanken einer Reform der Staatslotterien einverstanden. Wir haben jetzt den Zustand, daß einige kleine Staaten sich durch ihre Lotterien auf Kosten der großen Staaten bereichern. — Redner führt einige Zahlen an, aus denen unter anderm hervorgehe, daß Hamburg mehr Einnahmen aus der Lotterie habe, als Preußen. Von Mecklenburg wisse er nichts, es sei ihm aber gesagt worden, daß in Mecklenburg Einnahmen und Ausgaben nicht notirt werden. (Große Heiterkeit.) Vielleicht läßt sich an Stelle der vielen Staatslotterien eine Reichslotterie einführen. (Unruhe links.) Die Ausführungen des Abg. Richter über das Arbitragegeschäft waren unrichtig. Daran wird man nach wie vor trotz des erhöhten Stempels verdienen. Wenn der Zinsfuß sinkt, dann muß sich der Kapitalist einschränken. Andere Leute müssen sich auch einschränken. (Ruf links: Strohdächer!) Wenn sich die Konjunkturen verschlechtern, muß man sich eben einrichten. (Abg. Richter: Hört! hört!) Daß sich die wirthschaftlichen Verhältnisse verschlechtert haben, liegt daran, daß wir in Deutschland die reine Goldwährung haben. (Heiterkeit links.) Bezüglich des Quittungsstempels stehe ich nicht auf dem durchaus ablehnenden Standpunkt des Abg. Richter, aber ich halte den einheitlichen Satz für alle Quittungen über 20 M. für bedenklich, und wünsche abgestufte Sätze. Auch für Checks und Giroanweisungen ist eine Abstufung nöthig. Die große Belästigung, die dem Publikum aus dem einheitlichen Quittungsstempel erwächst, wird nicht aufgewogen durch die Bagatelle, die der Stempel einbringt. (Hört! hört! links.) Auch halte ich es für unrichtig, daß eine ganze Schiffsladung nur denselben Stempel tragen soll, wie ein einzelnes Frachtgut, das über 1 M. Fracht kostet. Die französische Stempelsteuer bringt mehr als das Doppelte der unsrigen ein. Wie Frankreich sich an seine bei weitem höhere Steuer gewöhnt hat, werden wir uns auch an diese geringe gewöhnen. Ich beantrage, den Entwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Buchka** (dk.) widerspricht der Behauptung des Abg. Kanitz, daß in Mecklenburg keine geregelte Etatswirthschaft bestände.

Die weitere Berathung wird alsdann auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Schluß $4^{3}/_{4}$ Uhr.

Deutschland.

☐ **Berlin,** 5. Dez. [Aus dem Reichstage.] Für eine verlorene Sache mit Anstand zwar nicht sterben, aber reden, hat auch seine Verdienste. Der bayerische Finanzminister Herr v. Riedel kann auf solches Lob immerhin Anspruch machen. Er hat heute die Stempelsteuerdebatte eröffnet und natürlich über den allgemeinen Finanzplan gesprochen. Zwar ist, was sich darüber sagen läßt, schon von Herrn Miquel ein paar Mal, schriftlich in den Motiven, mündlich in seinen allerjüngsten Reichstagsreden, gesagt worden, aber für manchen hatte es einen gewissen Reiz, diese Dinge einmal in der Beleuchtung vom bayerischen Standpunkt her zu erblicken. Nur hätte dann freilich nicht die schnelle Hand des Herrn Richter die allzu gekünstelten Linien wieder verwischen dürfen. Eine gewisse Ueberraschung bot der letzte Redner der heutigen Debatte, Graf Kanitz. Das war nicht das wilde Indianergeheul, wie man es sonst aus den Reihen der Konservativen gegen die Börse zu vernehmen gewohnt ist, sondern es war die nüchterne Rede eines zwar der Börsensteuer gern geneigten, aber zu ruhiger Erwägung bereiten Mannes. Man sieht aus dem Beispiel des Grafen Kanitz, wie nützlich es sein kann, sich mit den Sachen zu beschäftigen, über die man sich vorher entrüstet hat. Graf Kanitz ist Mitglied der Börsenenquete-Kommission, und diese Schule scheint ihm nicht unzuträglich gewesen zu sein. Er hat, wie er selbst berichtet, zu der Minderheit in der Kommission gehört, deren schärfere Anträge niedergestimmt wurden. Als Freund wird ihn also die Börse nicht betrachten dürfen, und auch seine heutige Rede war auch ganz und garnicht die eines Freundes, aber nach allem dem dummen Zeug, das die konservative Presse und mancher konservative Redner im holden Verein mit Antisemiten und Sozialdemokraten gegen die Börse vorzubringen belieben, wirkte die Kanitzsche Rede immerhin sympathisch. Graf Kanitz weiß doch wenigstens, wozu die Börse da ist, und daß sie wichtige Funktionen des Wirthschaftslebens erfüllt. Er ist einsichtig genug, um die Thorheit der Forderung zu begreifen, daß die Börsensteuer wohl gar auf die Höhe des Immobilienstempels gebracht werde. Er will zwar dem Arbitragegeschäft nicht zu Hilfe kommen, aber es sind keine feindseligen Gesinnungen, aus denen er hier schöpft. Er ist ein überzeugter Gegner der konservativen Liebhaberei der Emissionssteuer auf ausländische Werthe, und die Gründe, aus denen er diese Forderung bekämpft, können von jedem Verständigen jeder Partei unterschrieben werden, namentlich der Hauptgrund, daß eine solche Emissionssteuer wie eine Prämie auf die schlechten Anleihen, wie eine Verdrängung der guten Anleihen wirken müßte. Ja, welch ein Wunder! Graf Kanitz bekennt sich ganz offen dazu, daß der Kapitalist, der weniger Zinsen bekomme, sich eben einschränken müsse, überhaupt daß man sich einschränken müsse, wenn erwartete Gewinne ausgeblieben sind. Die Nutzanwendung auf die bekannten agrarischen Klagen liegt so nahe, daß Graf Kanitz voraussehen konnte, sie werde ihm noch vorgehalten werden. Für heute geschah das durch freundliche Zurufe von links, morgen wird es vermuthich ausführlicher durch Reden geschehen.

— Graf Arnim-Schlagenthin veröffentlicht in der „Voss. Ztg." folgende ihrem Inhalt nach schon kurz gemeldete Erklärung:

„Herr Dr. Hans Blum behauptet in seinem Buch: „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks" mein Vater habe die Verhandlungen im März 1873 wegen der Abzahlung der französischen Kriegsschuld absichtlich in die Länge gezogen. Als Grund dieser Verzögerung giebt er wörtlich Folgendes an: „Graf Arnim hatte nämlich in Gesellschaft mit dem Baron Hirsch in Paris ein geheimes Spekulationsgeschäft unternommen, dessen Gelingen darauf beruhte, daß die letzte Milliarde nicht früher, als nach dem Vertrage vom 29. Juni 1872 getilgt würde (d. h. nicht vor dem 1. März 1875) und dieses glänzende Geschäft scheiterte, wenn der neue Vertrag zu Stande kam." Ich halte mich für verpflichtet, die oben angeführte Behauptung, woher sie auch stammen mag, als das zu bezeichnen, was sie ist, eine ganz haltlose elende Verleumdung, für welche auch nicht ein Schein von Beweis erbracht werden kann. Sie trifft nicht blos meinen Vater. Sie trifft in gleicher Weise den Fürsten Bismarck, der angeblich nach der Darstellung des Herrn Blum, nachdem er in dem Besitz dieser Enthüllung war, sich darauf beschränkte, die Verhandlungen nach Berlin zu verlegen. Seine Pflicht wäre gewesen, die sofortige Ahndung eines so unerhörten Verbrechens herbeizuführen. Mein Vater blieb indessen bis zum 2. März 1874 kaiserlicher Botschafter in Paris und wurde am 19. März 1874, also ein volles Jahr nach jener angeblichen Enthüllung zum Botschafter in Konstantinopel ernannt. Die Aufnahme einer so haltlosen Verleumdung charakterisirt zur Genüge den Werth des Buches, welches sie enthält. Ich glaube daher mich eines eingehenden Studiums des Buches oder gar einer Widerlegung der zahllosen Entstellungen der Wahrheit, die der Verfasser im Interesse des Fürsten Bismarck irrthümlicher Weise für nöthig hält und die ich bereits bei flüchtigem Durchblättern des Buches feststellte, ohne jeden Schaden für das Andenken meines seligen Vaters, enthalten zu können. Mit vorzüglicher Hochachtung Graf Arnim-Schlagenthin."

— Abg. Dr. Paasche ist, wie schon mitgetheilt, vom Bund der Landwirthe in Meiningen scharf koramirt worden, daß er wortbrüchig geworden sei gegenüber seiner Zusage vor den Reichstagswahl. Herr Paasche läßt darauf in der Presse Folgendes veröffentlichen: „Die Frage, die an mich gestellt war, lautet wörtlich: „Sind Sie bereit, gegen alle Ermäßigungen der landwirthschaftlichen Zölle zu stimmen, namentlich auch gegen Handelsverträge mit Rußland und Rumänien, sofern mit denselben eine Ermäßigung der jetzigen Getreidezölle diesen Ländern gegenüber verbunden sein sollte?" Darauf habe ich mit Ja! geantwortet und halte mich dadurch gebunden, gegen die Ermäßigung der im Juni 1893 bestehenden Getreidezölle einzutreten." Herr Paasche legt also seine Erklärung dahin aus, daß er sich zwar für verpflichtet halte, die Getreidezölle nicht unter 3,50 M. zu ermäßigen, keineswegs aber verpflichtet sei, die Verallgemeinerung der Zollermäßigung von 5 M. auf 3,50 M. zu verhindern. — Die Auslegung der Antwort des Herrn Paasche auf die an ihn gestellte Frage macht aber doch, meint mit Recht die „Frs. Ztg.", einen recht künstlichen Eindruck.

W. B. **München,** 5. Dez. Die Kammer der Abgeordneten berieth heute das Extraordinarium des Militäretats. Im Laufe der Debatte sagte der Kriegsminister die thunlichste Verschonung der Landgemeinden mit Schießübungen zu, ebenso die Sonntagsruhe bei militärischen Bauten. Die als Anfangsrate für ein Uebungslager des 2. bayerischen Armeekorps geforderten zwei Millionen Mark wurden bewilligt. Der Kriegsminister erklärte auf eine Anfrage, es sei noch kein Terrain für den Uebungsplatz bestimmt, doch seien zahlreiche Offerten von Grund und Boden eingegangen; die Regierung werde möglichst wenig Ackerland beanspruchen. — Den „Münch. Neuest. Nachr." zufolge sind in München bei den Gemeindebevollmächtigtenwahlen 13 Liberale, 5 Centrumsmänner, 1 Konservativer und 1 Sozialist gewählt worden.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. **Berlin,** 5. Dez. Die Kommission für die Vorberathung der Handelsverträge hat die heutige Sitzung noch ganz den allgemeinen Erörterungen über den Schaden und Nutzen eines Vertrages mit Rumänien für die deutsche Landwirthschaft und Industrie gewidmet. Die entscheidenden Abstimmungen werden voraussichtlich morgen stattfinden, doch ist über das Schicksal des deutsch-rumänischen Handelsvertrages schon heute durch die Erklärung des Abg. Dr. Lieber Klarheit geschaffen worden, daß das Centrum in seiner Mehrheit dem Vertrage zustimmen werde, während allerdings einige seiner Freunde in Folge von Wahlversprechungen einen ablehnenden Standpunkt einnähmen. Redner verwahrte sich aber dagegen, durch seine heutige Erklärung sich auch für einen Vertrag mit Rußland gebunden zu haben. Das Centrum werde jeden Vertrag aus sich heraus beurtheilen und nur dann seine Zustimmung geben, wenn es überzeugt sei, daß derselbe keine schädlichen Bestimmungen enthalte. Zu einem ziemlich heftigen Zusammenstoß zwischen den Agrariern und dem Staatssekretär von Marschall kam es in Folge wiederholter Anfragen der Herren v. Plötz und v. Hammerstein nach dem Stande der russischen Abmachungen. Die beiden Herren verlangten Auskunft darüber, ob sich nach Annahme des rumänischen Handelsvertrags die höheren Zölle auf Getreide und Vieh gegen Rußland aufrecht erhalten ließen und als der Staatssekretär, wie vorauszusehen, hierüber jede Auskunft verweigerte, erklärten die Fragesteller, nun erst recht dem Vertrage mit Rumänien ihre Zustimmung versagen zu müssen. Natürlich läuft das Ganze auf eine bloße Komödie hinaus, denn mehr als ablehnen können sie nicht; dazu aber waren sie von vornherein fest entschlossen.

Militärisches.

* **Personalveränderungen in der 4. Division:** Ziegfeld, Pr.-Lt. vom Inf.-Reg. Nr. 140, von seinem Kommando bei der Militär-Intend. entbunden.

= Ueber die Stärkeverhältnisse der Flotten der großen europäischen Mächte bringt die englische Admiralität eine Zusammenstellung, welche für weitere Kreise von Interesse ist. Nach derselben hat:

England: 24 Schlachtschiffe, 3 Küstenvertheidiger, 60 Kreuzer und 74 andere Schiffe im Dienst. In der Reserve befinden sich 10 Schlachtschiffe, 14 Küstenvertheidiger, 46 Kreuzer und 44 sonstige Fahrzeuge. Im Bau und in der Ausrüstung befinden sich 9 Schlachtschiffe, 19 Kreuzer und 22 Schiffe zu anderen Zwecken; sodaß die gesammte Seemacht Englands z. Z. 325 Schiffe beträgt.

Frankreich: Im Dienst befinden sich 19 Schlachtschiffe, 5 Küstenvertheidiger, 22 Kreuzer und 50 andere Schiffe. In der Reserve sind ohne Berücksichtigung der Reservedivisionen, die als im Dienst befindlich betrachtet sind, 5 Schlachtschiffe, 3 Küstenvertheidiger, 20 Kreuzer und 62 andere Fahrzeuge. Im Bau und in der Ausrüstung stehen 8 Schlachtschiffe, 2 Küstenvertheidiger, 19 Kreuzer und 5 sonstige Fahrzeuge, sodaß die französische Republik über 221 Schiffe gegenwärtig verfügt.

Rußland: Bei der Ostseeflotte sind im Dienst 5 Schlachtschiffe, 9 Kreuzer und 34 andere Schiffe; in der Reserve stehen 5 Schlachtschiffe, 9 Küstenvertheidiger, 6 Kreuzer und 37 Schiffe verschiedenen Typs. Im Bau sind 8 Schlachtschiffe, 4 Küstenvertheidiger, 2 Kreuzer und 4 sonstige Schiffe, sodaß diese Flotte 120 Schiffe zählt. Im Schwarzen Meer sind stationirt 4 Schlachtschiffe, 1 befindet sich in der Ausrüstung und ein ferneres ist im Bau befindlich. Die Summe der Schlachtschiffe beläuft sich bei Rußland mithin allein auf 23!

Italien: Im Dienst sind 4 Schlachtschiffe, 8 Kreuzer und 16 andere Schiffe; in der Reserve befinden sich 5 Küstenvertheidiger, 5 Kreuzer und 26 andere Schiffe nebst 9 Schlachtschiffen. Im Bau sind 4 Schlachtschiffe, 13 Kreuzer und 3 andere, in Summa also 83 Fahrzeuge.

Deutschland: (Die für Deutschland angegebenen Zahlen weisen nach der gegenwärtigen Zusammensetzung Unrichtigkeiten auf, wir lassen daher die verbesserten Angaben folgen). Die Panzerflotte zählt 14 Schlachtschiffe, 6 Küstenvertheidiger und 13 Panzerkanonenboote; die Kreuzerflotte faßt 17 Kreuzer, 5 Kanonenboote nebst 9 Avisos. Schulschiffe und Schiffe zu anderen Zwecken hat Deutschland 23; mithin insgesammt 87 Fahrzeuge. Von diesen sind gegenwärtig im Dienst 7 Panzerschiffe im Manövergeschwader und 29 Schiffe, theils auf auswärtigen Stationen, theils in heimischen Gewässern zu verschiedenen Zwecken.

Aus dem Gerichtssaal.

n. **Posen,** 5. Dez. Die Strafkammer beschäftigte sich in der heutigen Sitzung mit verschiedenen Berufungssachen. Das Schöffengericht in Schroda hatte am 18. Oktober d. J. den Schlossergesellen Wladislaus Szulczynski wegen Hausfriedensbruchs zu einer Woche Gefängniß verurtheilt. Szulczynski machte am 23. Juli in der Schänke des Kaufmanns Mendelsohn großen Lärm, weshalb er von der Verkäuferin einige Male aufgefordert wurde, das Lokal zu verlassen, was dieser jedoch verweigerte. Angeklagter entschuldigte sich in der heutigen Verhandlung mit Trunkenheit. Vorbestraft ist er einmal im Jahre 1887 wegen Körperverletzung und Bedrohung und ein zweites Mal im Jahre 1892 wegen ruhestörenden Lärms, Sachbeschädigung und Körperverletzung. Gegen das schöffengerichtliche Urtheil hatte Angeklagter Berufung eingelegt. Der Staatsanwält hält trotz der Vorstrafen, die der Angeklagte erlitten, die von dem Schrodaer Schöffengericht erkannte Strafe für zu hoch und beantragte unter Aufhebung des Urtheils eine Geldstrafe von 20 Mark bezw. vier Tage Gefängniß, das Gericht war aber der Meinung, daß der Angeklagte die Woche Gefängniß verdient habe und erkannte auf Verwerfung der Berufung. — Der Bäckergeselle Maryan Damski aus Thorn war vom Schöffengericht in Wronke im Oktober d. J. wegen Bettelns und Landstreichens zu sechs Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurtheilt worden. Mit der letzteren Strafe war Damski nicht zufrieden, weshalb er dagegen Berufung einlegte. Gebettelt zu haben, giebt er zu. In dieser Sache stand bereits schon einmal Termin vor der hiesigen Strafkammer an. Damals hatte Damski behauptet, daß er bei dem Bäckermeister Klees in Gransee gearbeitet und von diesem 26 Mark für Lohn erhalten hätte, als er von ihm wegging. Dieses Geld hätte bis zum 14. Oktober, dem Tage seiner Verhaftung in Wronke gereicht, er sei also bis dahin im Besitze von Geldmitteln gewesen und könne daher wegen Landstreichens nicht bestraft werden. Das Gericht hatte im vorigen Termin beschlossen, die Sache zu vertagen und den Bäckermeister Klees in Gransee durch das dortige Amtsgericht kommissarisch vernehmen zu lassen. Dies ist inzwischen geschehen. Klees sagte unter seinem Eid aus, daß Damski bei ihm nur 2 Wochen gearbeitet und für jede Woche 6 Mark baares Geld und Kost bekommen hätte, es sei daher unwahr, daß er ihm 26 Mark gegeben habe, als er die Arbeit verließ. Ob Damski sonst im Besitz von Geldmitteln gewesen sei, wisse er nicht. Auf Grund dieser Aussage wird die Berufung des Angeklagten auf Antrag des Staatsanwalts verworfen. Die Kosten hat Angeklagter zu tragen. — Der auf dem Dominium Welna angestellte Nachtwächter Valentin Kledzinski hatte gegen ein Urtheil des Schöffengerichts in Schroda vom 26. Oktober Berufung eingelegt. Er war nämlich wegen Körperverletzung zu einer Woche Gefängniß verurtheilt worden. In der Nacht zum 19. Juni forderte der Oberinspektor des Gutes Welna, Rudolf Krüger, den Gutseleven Brauer auf-

mit ihm zu gehen, um nachzusehen, ob der Nachtwächter etwa wieder eingeschlafen sei. Dem Nachtwächter scheint dies nicht gepaßt zu haben, denn als sich die Beiden von ihm entfernten, brummte er einige unverständliche Laute vor sich hin. Krüger ging darauf wieder zu dem Nachtwächter zurück, der ihm aber mit einem dicken Stocke einen Hieb über den Kopf versetzte. Brauer, der inzwischen hinzugekommen war, entwand ihm den Stock, worauf der Nachtwächter von Krüger eine Anzahl Schläge mit dem Stock erhielt. Krüger hatte das Schrodaer Schöffengericht freigesprochen, weil es annahm, daß sich derselbe in Nothwehr befunden habe. Angeklagter bestreitet überhaupt, den Krüger geschlagen zu haben, Krüger habe ihn schon am Vormittag desselben Tages mißhandelt, weil er — der Angeklagte — einige Tage vorher bei der Reichstagswahl nicht so gestimmt habe, wie Krüger es verlangt hätte. Nach den Bekundungen des Zeugen Brauer nahm der Gerichtshof denselben Thatbestand wie das Schöffengericht an und erkannte auf Verwerfung der Berufung. — Als sich am 29. September Niemand in dem Laden des Kaufmanns Lewinsohn zu Murowana-Goslin befand, benützte die Arbeiterfrau Marianna Kaminska die günstige Gelegenheit und stahl aus demselben etwa 30 Pfund Weizenmehl im Verkaufswerthe von 4 Mk. 50 Pf. Die Angeklagte behauptet zwar, daß sie das Mehl von einer „Frau vom Lande" für eine Mark gekauft habe. Da sie bereits zweimal wegen Diebstahls vorbestraft ist, wurde sie zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. — Der frühere Eisenbahn-Packmeister Franz Jolowiecki befand sich am 18. Juli d. J. bei dem Kaufmann Heinrich Röstel daselbst. Als er sich unbeachtet glaubte, erbrach er eine Armenbüchse und steckte den Inhalt, etwa eine Mark, in seine Tasche. Außerdem stahl er noch zwei Messer. Der Gerichtshof billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu und verurtheilte ihn wegen schweren Diebstahls zu vier Monaten Gefängniß.

* **Schneidemühl,** 5. Dez. Die hiesige Strafkammer verurtheilte den nach Verübung von Unterschlagungen amtlicher Gelder geflohenen und in Berlin ergriffenen Bürgermeister Eduard Wieczorek aus Tülz zu neunmonatlicher Gefängnißstrafe.

* **Riom** (Frankreich), 5. Dez. Wegen Mordes hatte sich kürzlich der Baron Rahden hier vor den Geschworenen zu verantworten. Aus Eifersucht hatte bekanntlich s. Z. in Paris der russische Baron Rahden, der Gatte der Cirkusreiterin, geb. Weiß aus Breslau, den Geliebten seiner Frau, den dänischen Lieutenant Castenskiold niedergeschossen. Dieser Tage fand in Riom die Schwurgerichtsverhandlung wegen dieser That statt. Dabei erklärte der Staatsanwalt den Geschworenen, sie dürften keine unangebrachte Milde walten lassen, weil der Thäter ein Russe sei. Seine Revolverschüsse hätten nichts mit den Russenfesten zu thun. Wenn ein Kosakenoffizier seinen Nebenbuhler todtschieße, brauche man nicht die Zarenhymne anzustimmen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten Rahden einstimmig frei.

Lokales.

Posen, 6. Dezember.

* **Ausnahmebestimmungen von der Sonntagsruhe.** Wie im „Reichsanz." mitgetheilt wird, hat der Handelsminister, wie vor einiger Zeit Vertreter des Photographengewerbes, am 30. November dieses Jahres auch die Vorstandsmitglieder des Verbandes „Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innungen" sowie den Vorsitzenden der „Freien Vereinigung der Barbier-, Friseur- und Perrückenmachergehilfen" in Berlin auf ihren Antrag empfangen, um ihre Wünsche, betreffend Regelung der Sonntagsruhe, entgegen zu nehmen. Die Erschienenen erklärten einstimmig, daß ihr Gewerbe seinen Hauptbetrieb am Sonntag habe, und daß es für sie unbedingt erforderlich sei, ihr Geschäft am Sonntage von früh Morgens an im Sommer bis zwei Uhr, im Winter bis drei Uhr Nachmittags ununterbrochen ausüben zu dürfen. Die Gehilfen an jedem zweiten oder dritten Sonntag völlig oder auch nur während der Stunden des Hauptgottesdienstes von der Arbeit frei zu lassen, sei für die Barbier- und Friseurgeschäfte nicht möglich; dagegen stehe nichts im Wege, den Gehilfen statt dessen in jeder Woche einen, nöthigenfalls auch zwei freie Nachmittage zu gewähren. Es wurde zugleich verlangt, daß für die Zeit, in der Gehilfen nicht mehr beschäftigt werden dürften, auch den Geschäftsinhabern der Gewerbebetrieb untersagt werde, da sonst die Gefahr vorliege, daß die Gehilfen sich möglichst frühzeitig selbständig machen und mit den älteren mit Gehilfen arbeitenden Prinzipalen in einen die letzteren schwer schädigenden Wettbewerb eintreten würden. Der Handelsminister erklärte, daß der Geschäftsschluß um 2 oder 3 Uhr Nachmittags nach gegenwärtiger Lage der Gesetzgebung nicht angeordnet werden könne, sagte aber im übrigen, bei der demnächstigen Feststellung der zu erlassenden Ausnahmsvorschriften eine eingehende Prüfung der Wünsche zu.

k. **Kaiser-Geburtstagsfeier in der Fortbildungsschule.** Es liegt in der Absicht der Leitung, für die Schüler der staatlichen Fortbildungsschule eine gemeinsame Feier zum Geburtstage des Kaisers zu veranstalten. Die näheren Anordnungen sollen noch getroffen werden.

a. **Aufbahrung.** Die Leiche des am Sonntag verstorbenen Pastors em. Herrn Schönborn ist gestern, Dienstag Nachmittag in die Kreuzkirche überführt und dort in einem schwarzen Sarge aufgebahrt worden. Der Raum vor dem Altare, die Umgebung des Katafalks und die Seitengänge der Kirche sind mit Lorbeerbäumen und Topfpflanzen aufs Schönste geschmückt. Vor dem Begräbniß findet in der Kirche eine Trauerandacht statt.

* **Feuer.** Heute Morgen 3/4 4 Uhr ist in St. Lazarus Nr. 20b die Dampfschneidemühle und der daran stoßende Holzplatz des Zimmermeisters Girbig vollständig niedergebrannt. Der Wasserthurm, welcher aus Holzfachwerk erbaut im Dachgeschoß ein eisernes Wasserreservoir enthält und gegen Einfrieren mit Sägespähnen verpackt ist, war ebenfalls vom Feuer ergriffen, wurde aber von der Posener Feuerwehr, welche mit Mannschaftswagen, Abprotzspritze und einem Wasserwagen erschienen war, bald abgelöscht. Ferner waren die Spritzen aus Gurczyn und Wilda erschienen. Die Wasserleitung in St. Lazarus ist noch nicht fertig und es fehlte deshalb der Feuerwehr an Wasser. Um 3/4 6 Uhr war der Brand zum größten Theil gelöscht und eine weitere Gefahr nicht mehr vorhanden, so daß die Spritzen und Fahrzeuge wieder abrücken konnten.

Telegraphische Nachrichten.

Köln, 5. Dez. Der „Köln. Ztg." wird durch eine Mittheilung aus Groß-Strehlitz bestätigt, daß der frühere preußische Kultusminister Graf Zedlitz-Trützschler bei einem Jagdausflug vom Schlage getroffen wurde und daß der Zustand desselben bedenklich ist.

Pest, 4. Dez. [Unterhaus.] Ministerpräsident Dr. Wekerle erklärt gegenüber dem Abgeordneten Bevethy, welcher die Hofhaltungsfrage gesetzlich geregelt wissen will, eine gesetzliche Verfügung über die Hofhaltung sei nicht nothwendig, die Regelung des inneren Hofhaltes bilde das eigenste Recht des Königs. (Lebhafter Beifall.) Die Regierung Ungarns habe nur darauf zu achten, daß sich der innere Hofhalt nicht mit Politik befasse und nicht mit Ungarns staatsrechtlichen Verhältnissen im Widerspruch stehe. Beides sei nicht zu befürchten. Gegen die gegenwärtige Organisation der Kabinetskanzlei könne Ungarn keine Einwendung erheben. Die Kabinetskanzlei sei keine staatsrechtliche Behörde, sondern lediglich zur persönlichen Dienstleistung bei dem Könige berufen. Ungarn besitze — dem Himmel sei Dank — einen Monarchen, der sich mit der größten Hingebung und Selbstaufopferung mit den öffentlichen Angelegenheiten beschäftige. (Lebhafte Eljenrufe.) — Der Titel wurde einstimmig bewilligt.

Petersburg, 5. Dez. Der „Regierungsbote" veröffentlicht einen kaiserlichen Ukas, betreffend die Uebernahme der Eisenbahnlinien, welche von der „Großen russischen Eisenbahngesellschaft" betrieben werden, durch den Staat. Die Uebernahme erfolgt am 1. Januar 1894 a. St. Der Finanzminister wird Vorschläge machen über die Rente, welche den Aktionären zukommt, sowie über alle Abrechnungen des Staates mit der Gesellschaft anläßlich der Uebernahme ihrer Bahnen.

Rom, 5. Dez. Guicciardini hat das Portefeuille der Finanzen abgelehnt. Wie die Abendblätter melden, würde Vacchelli außer dem Portefeuille des Schatzes noch das der Finanzen interimistisch übernehmen. Zanardelli wird heute Abend mit dem Könige eine Unterredung haben. — Der „Tribuna" zufolge soll in der Deputirtenkammer ein Antrag zur zeitweisen Suspendirung des Gesetzes, betreffend die Emissionsbanken eingebracht werden.

Rom, 5. Dez. Hier cirkulirten heute Gerüchte, daß die Banca Generale ein Moratorium nachgesucht habe. Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist dieses Gerücht vollständig erfunden. Im Gegentheile ist es eine Thatsache, daß die Banca Generale trotz der in den letzten Tagen stattgehabten außerordentlich starken Deposit-Auszahlungen allen Anforderungen promptest entsprochen hat. Die Lage der Bank sei durchaus als gesichert zu betrachten. — Die auswärtigen Korrespondenten des „Credito mobiliare" sind vom Gericht ermächtigt worden, von diesem ausgegebene Checks, für welche die betreffenden Beträge vorgesehen waren, auszuzahlen. — In Finanzkreisen verlautet, dem „Credito mobiliare" seien von ausländischen Finanzgruppen Anerbietungen behufs Gründung eines neuen Instituts gemacht worden, welche auf die Uebernahme der Provinzklientel und die Fortführung der Geschäfte abzielen und dadurch die Liquidation des „Credito mobiliare" erleichtern würden.

Genua, 5. Dez. Vorgestern hat hier die Trauung der Prinzessin Elisabeth von Bayern, Tochter des Prinzen Leopold, mit dem königl. bayerischen Lieutenant Frhrn. v. Seefried stattgefunden.

Paris, 5. Dez. Der „Politique Coloniale" zufolge verlautet, daß nach dem zwischen Frankreich und England getroffenen Uebereinkommen die Länder Luang Prabang und Xienhong keinen Theil des Pufferstaates bilden werden. In letzterem würden die beiden Mächte die Einrichtung jeglichen Monopols zu Gunsten einer eurpäischen Macht verbieten.

Paris, 5. Dez. [Deputirtenkammer.] Dupuy wurde mit 251 Stimmen gegen Brisson, welcher 213 Stimmen erhielt, zum Präsidenten gewählt.

Paris, 5. Dez. Die Mehrzahl der Blätter stellt fest, daß der gute Eindruck der Regierungserklärung durch die wenig geschickte Rede des Ministers des Innern, Raynal, verwischt worden sei. Die Abstimmung über den Amnestieantrag zeige, daß noch immer keine feste Mehrheit vorhanden sei. Die konservativen Blätter heben mit Befriedigung hervor, daß das Kabinet nur durch die 48 Stimmen der Rechten die Majorität erlangte und hoffen, das Ministerium werde mit dieser Thatsache rechnen. — Mehrere Blätter halten es für möglich, daß bei der Wahl des Kammerpräsidenten Brisson über Dupuy den Sieg davon trage, wodurch das Kabinet schwer erschüttert werden würde. — Dem „XIX. Siècle" zufolge bestand die Majorität, welche gestern den Eintritt in die Diskussion der einzelnen Artikel des Antrages Grousset über den Erlaß einer Amnestie ablehnte, aus 209 regierungsfreundlichen Republikanern und 48 Mitgliedern der Rechten. Die Minorität bildeten alle Sozialisten und Radikalen, 27 opportunistische Republikaner und 12 Mitglieder der Rechten.

Madrid, 5. Dez. Wie der „Heraldo" meldet, ist der Oberbefehlshaber des Ingenieurkorps, Ganizares, in einer vertraulichen Mission nach Tanger zu dem Sultan von Marokko abgereist und hat Befehl erhalten, sich sofort zu dem Sultan zu begeben.

London, 5. Dez. Die gemeldete Entdeckung von Dynamit erfolgte nicht in der Chancery Lane, sondern in der nördlichen Vorstadt Hampstead. Der Gerichtsbeamte fand in der Wohnung zuerst zahlreiche Flaschen, welche nach dem Central-Polizeibureau gebracht wurden. Nach Angabe der Polizeibeamten enthielten die Flaschen Nitroglycerin. Dann wurde die Kiste mit Dynamit aufgefunden und ebenfalls nach der Polizei gebracht. Der Miether des Zimmers, Schneider, ist angeblich ein Holländer. Man mißt der Entdeckung Wichtigkeit bei.

London, 5. Dez. [Unterhaus.] Der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Grey, erklärte, die portugiesische Regierung habe einen Schiedsspruch betreffend die Manica-Grenze vorgeschlagen. Dieser Vorschlag sei jedoch von England nicht angenommen worden, weil dasselbe die von der englischen Grenzkommission festgesetzte Linie als übereinstimmend mit dem Vertrag von 1891 erachtet. Die Unterhandlungen dauerten fort. — Der Präsident des Handelsamts, Mundella, wies darauf hin, daß die gesammte Kohlenausfuhr vom August bis inkl. November 1893, also während des Grubenarbeiter-Ausstandes, 12 087 000 Tonnen gegen 14 397 000 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen habe, somit eine Verminderung der Ausfuhr um 2 310 000 Tonnen eingetreten sei.

Glasgow, 5. Dez. Die schottischen Bergleute beschlossen heute Nachmittag einstimmig, die 17 000 Mann, welche letzthin eine Lohnerhöhung von 1 Schilling erhielten, zur Einstellung der Arbeit zu veranlassen und an Gladstone zu schreiben, um die Vermittelung der Regierung zu erbitten.

Kopenhagen, 5. Dez. Die Telephonverbindung zwischen Schweden und Dänemark ist heute Nachmittag 2 Uhr durch eine feierliche Unterredung der Könige Christian und Oscar eröffnet worden. Die Könige beglückwünschten einander zu dem neuen Verbindungsmittel zwischen den beiden Ländern.

Kopenhagen, 5. Dez. Der Museumsdirektor und Advokat des höchsten Gerichtshofes, Klubien, ist heute Vormittag im Gerichtslokal plötzlich gestorben.

Konstantinopel, 5. Dez. In den letzten 48 Stunden sind in Konstantinopel und der Umgebung der Stadt 107 Cholerafälle vorgekommen, von denen 27 tödtlich verlaufen sind.

Newyork, 5. Dez. Nach einer Depesche des „Newyork Herald" aus Lima vom 4. d. M. hat die Regierung von Ecuador in Folge der Angriffe auf die Gesandschafts- und Konsulatsgebäude von Peru in Quito und Guayaquil und weitere Repressalien befürchtend, ihre Konsulate in Peru angewiesen, ihre Wappenschilder zu entfernen. Gleichzeitig wurde der Gesandte in Lima bis auf Weiteres abberufen mit der Erklärung, daß dieser Schritt keineswegs den Abbruch der freundschaftlichen Beziehungen herbeiführen solle. Der Gesandte wird sich heute nach Guayaquil begeben.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg."

Berlin, 6. Dezember, Morgens.

Dem Reichstage werden demnächst noch Weißbücher über die deutsch-afrikanischen Kolonien zugehen.

Der Reichskanzler hat zum 12. d. Mts. an verschiedene Abgeordnete Einladungen zum Diner ergehen lassen.

Die „Kreuzztg." erfährt aus gut unterrichteter Quelle, daß die von offiziöser Seite gebrachten Nachrichten über die Unterwerfung des Grafen Hoensbroech und seiner neuen Aussöhnung mit dem Jesuitenorden vollständig unbegründet sind. Der Graf steht nach wie vor im schärfsten Gegensatze zu dem genannten Orden.

Die Influenza tritt, wie aus Breslau gemeldet wird, in der Grafschaft Glatz und in den Kreisen Oels, Ohlau und Brieg sehr stark auf und nimmt häufig einen bösartigen Charakter an.

Aus Sagan meldet man: Infolge eines Sturmes gingen die Pferde eines Wagens, in welchem sich der Graf Schulenburg-Mildenau befand, durch. Der Wagen wurde umgeworfen und der Graf tödtlich verletzt.

Aus Hanau wird gemeldet: Wie aus Philippsruh gemeldet wird, erwartet man dort den Besuch Kaiser Wilhelms, den der Landgraf persönlich zur Fasanenjagd eingeladen hat. Am landgräflichen Hofe werden bereits die Vorbereitungen zum Empfange des Kaisers getroffen.

Der König von Württemberg mußte, wie aus Stuttgart gemeldet wird, in den letzten Tagen in Folge eines leichten Influenzafalles das Bett hüten. Das Befinden hat sich gebessert, doch darf der König das Zimmer noch immer nicht verlassen.

Das alte Florentiner Bankhaus Gebrüder Dufresne hat seine Zahlungen eingestellt. Der Direktor desselben, Emitag, beging heute einen Selbstmord.

Aus London wird gemeldet: In dem bekannten West-end-Restaurant sind mehrere Bomben gefunden worden. Die Attentäter sind noch nicht entdeckt worden.

Wie aus London gemeldet wird, soll der als Anarchist verdächtige Schneider oder Schnider, wie er vielmehr heißt, in dessen Zimmer man Dynamit gefunden hatte, eine amerikanische Gesellschaft für Sprengstoffe repräsentiren. Die vorgefundenen Büchsen und Flaschen sind nur Waarenproben.

Wie dem „Berl. Tagebl." aus London gemeldet wird, wurde der Tod des Professors Tyndall dadurch herbeigeführt, daß derselbe eine zu große Dosis Chloral genommen hatte.

Aus London meldet man: In South Lansbeth stürzten 4 Häuser ein, ohne Jemand zu verletzen. Die Häuser standen seit 50 Jahren.

Anläßlich des Attentatsversuches auf den Kaiser hat der Sultan, wie aus Konstantinopel depeschirt wird, den Kaiser über die Vereitelung des Attentats beglückwünscht.

Aus Sofia wird gemeldet: Die Voruntersuchungen über das gegen den Prinzen Ferdinand geplante Attentat sind beendet und der Attentäter bereits dem Gerichte überwiesen. Es verlautet, daß die Verhandlungen Mitte Dezember beginnen werden. Die Untersuchung ergab, daß nur Iwanow und sein Bruder das Attentat auszuführen gedachten. Mehrere angeblich verdächtige junge Leute werden nur als Zeugen in dem Prozeß auftreten.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1893.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
5. Nachm. 2	758,6	WSW l. Zug	bedeckt	+ 0,5
5. Abends 9	759,2	SW l. Zug	bedeckt [1])	+ (,5
6. Morgs. 7	761,6	NW leicht	bedeckt [2])	— 2,1

[1]) Den Tag über Schnee. [2]) Starker Nebel.

Niederschlagshöhe in mm am 5. Dez. Morgens 7 Uhr: 2,3

Am 5. Dez. Wärme-Maximum + 0,6° Cels.
Am 5. = Wärme-Minimum — 1,1° =

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin,** 6. Dez. **[Zur Börse.]** Die „Nat.-Ztg." berichtet: Heute war die Börse von einer ungünstigen Stimmung beherrscht. Schon gestern deuteten wir in unserem Artikel „Zur Börse" an, daß eine latente Verstimmung hier vorwalte, die jedoch gegenüber den von auswärts gegebenen Anregungen zurückgehalten wird und nicht immer zum Durchbruch kommen kann. Die inneren politischen Sorgen, die die deutschen Märkte überkommen, gestatten keine Haussebewegung, wie sie an der Donau gewünscht und oft gefördert wird. Man hat hier die Aufmerksamkeit auf die Verhandlungen im Reichstage gerichtet, auf die Diskussion, die sich dort heute über die Stempelsteuervorlage entwickeln wird. Man glaubt an Ueberraschungen, die natürlich nicht solcher Art sein können, um die Börse in freudige Stimmung zu versetzen. Es soll, so hieß es heute, vom Centrum beantragt werden, den Depositenbanken das Emissions- und spekulative Geschäft zu verbieten. In England enthalten sich die Depositenbanken solcher Transaktionen, aber dort ist das Gebiet der Bankthätigkeit ein so ausgedehntes, der Verkehr ein so hoch entwickelter, daß eine Theilung der Arbeit auch im Bankwesen sogar eine unabweisbare Nothwendigkeit ist. Die englischen Joint Stockbanks zahlen bei Ausübung des sogenannten regulären Bankgeschäfts Dividenden von 10 bis 12 Prozent. Wie gesagt, übte heute die oben erwähnte Voraussetzung eines die Banken

beschränkenden Gesetzes einen ungünstigen Einfluß aus. Dann wurde die Tendenz durch die Haltung des Pariser Platzes in Bezug auf die Italienische Rente beeinträchtigt. Es werden wieder Meldungen über Truppenbewegungen an der italienischen Grenze verbreitet. Aufsehen erregte und einen deprimirenden Eindruck machte der Rückgang der Mexikaner auf den Artikel eines hiesigen Blattes, das ein abfälliges Urtheil über die mexikanischen Finanzen enthält. Es geschieht dies an der Hand des Berichts eines früheren Finanzministers Mexikos aus dem Jahre 1892. Dieser Bericht war damals überall bekannt geworden und er war sichtlich pessimistisch gehalten, um neu vorgeschlagene Steuern bei den mexikanischen Kammern durchzubringen. Die daraus entnommenen Sätze bilden kein Novum, aber auch nicht der Artikel des Blattes selbst. Ein vom letzten Sonnabend oder Sonntag datirter Brief, worin der Adressat auf einen Artikel gegen Mexikaner aufmerksam gemacht wird, der demnächst in jenem Blatte erscheinen werde, soll schon gestern hier bekannt gewesen sein. So hieß es an der Börse. Der Erfolg dieses Artikels war ein Sinken des Mexikanerkurses um beinahe 2 Prozent. Die Erhöhung des Privatdiskonts, dieses Mal sehr früh vor der Jahreswende, bekundet Vorsicht und zugleich die Sorge wegen einer stärkeren Inanspruchnahme des Geldmarktes. Auf dem Montanaktienmarkt machten sich Wiener Einflüsse geltend. Die dortige Spekulation ist von hier aus zum Kauf von Laura-Aktien animirt worden und hatte in Folge dessen heute Aufträge zum Ankauf sowohl der Eisen- als Kohlenwerthe nach hier gesandt. Wenn nichtsdestoweniger die Kurse dieser Papiere nach unten neigten, so ist dies auf größere rheinische Abgaben zurückzuführen. In Rheinland-Westfalen scheint eben keine zuversichtliche Stimmung vorzuherrschen. Der immer wieder erneuerte Hinweis auf den Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages mußte auch heute wieder den Grund für die Festigkeit der Laura-Aktien abgeben, obgleich dadurch die Katharinenhütte, die zu dem letztjährigen Resultat der Laurahütte in so starkem Maße beigetragen hat, in ihren Erträgnissen eher geschmälert werden wird.

Breslau, 5. Dez (Schlußkurse.) Ermattend.

Neue 3proz. Reichsanleihe 85,50, 3½ proz. L.-Pfandbr. 97,15 Konsol. Türken 22,25, Türk. Loose 85 50. 4proz. ung. Goldrente 94 80, Bresl. Diskontobank 97,50. Breslauer Wechslerbank 94,00. Kreditaktien 206 60, Schles. Bankverein 114 00 Donnersmarckhütte 93 25, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb —,—, Oberschles. Eisenbahn 47 25, Oberschles. Portland-Zement 82,90 Schles. Zement 132 50 Oppeln. Zement 99 50, Kramsta 125,75 Schles. Zinkaktien —,— Laurahütte 105 25 Verein Oelfabr. 86 50, Oesterreich. Banknoten 163 40 Russ. Banknoten 215,10, Giesel Cement 87,00, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 90 90. Breslauer elektrische Straßenbahn 117 60

Petersburg, 5. Dez. Wechsel auf London 94,30, Wechsel auf Berlin 46 45, Wechsel auf Amsterdam 78,60, Wechsel auf Paris 37,62½, Russ. II. Orientanleihe 103, do. III. Orientanleihe 104 do. Bank für auswärt Handel 314, Petersburger Diskonto-Bank 490, Warschauer Diskonto-Bank 372,00, Petersb. internat. Bank 501, Russ. 4½proz. Bodenkreditpfandbriefe 155¾, Gr. Russ. Eisenbahnen 271½, Russ. Südwestbahn-Aktien 114¼, Privatdiskont 5. —

Königsberg, 5. Dez. Getreidemarkt. Weizen weichend. Roggen matt, loko p. 2000 Pfd. Zollgewicht 112—113. Gerste träge, Hafer matt, loko per 2000 Pfd. Zollgewicht 136,00. Weiße Erbsen per 2000 Pfd. Zollgewicht 133. Spiritus per 100 Liter 100 Proz. loko 30½, per Frühjahr 31¾. — Wetter: Trübe.

Danzig, 5. Dez. Getreidemarkt. Weizen loko unv., Umsatz 100 To., Weizen bunt und hellfarbig 138—139, do. hellbunt 135, do. hochbunt glasig und weiß —, Regulirungspreis zu freiem Verkehr 137, do. pr. Dez.-Jan. Transit 126 Pfd. 116,00. Roggen loko unverändert, inländ. per 120 Pfd. 116—117, do. polnischer oder russischer Transit 80—85, Regulirungspreis zum freien Verkehr 115, do. pr. Dez.-Jan. Transit 120 Pfd. 84,00. Gerste große loko 130. Gerste kleine loko —. Hafer loko —. Erbsen loko 150. Spiritus per 10 000 Ltr.-Proz. loko kontingentirt 49,50, nicht kontingentirt 30,00. — Schnee.

Bremen, 5. Dez. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Sehr fest. Loko 4,95.

Baumwolle. Schwach. Upland middling, loko 41 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung p. Dez. 40½ Pf., p. Jan. 40½ Pf., p. Febr. 40¾ Pf., p. März 41 Pf., p. April 40¼ Pf., p. Mai 41½ Pf.

Schmalz. Besser. Shafer —,— Pfg., Wilcox —,— Pfg. Choice Grocery — Pf., Armour shield 46½ Pf., Cudahy — Pf. Rohe u Brother (pure) 47 Pf., Fairbanks 40 Pf.

Speck. Fest. Short clear middl. Nov.-Abladung 43½, Dezember-Jan.-Abladung 39.

Wolle. Umsatz: 124 Ballen.

Tabak. Umsatz: 292 Packen St. Felix.

Hamburg, 5. Dez. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Dez. 12.65. p. März 12,92½, per Mai 13,10, per Sept. 12,87½. Behauptet.

Hamburg, 5. Dez. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per Dezember 81, per März 79¾, per Mai 78, Sept. 75¾. Behauptet.

Paris, 5. Dez (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. per. 34 75 à 35,00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogr loko per Dez. 36,75, Jan. 36,75, per Jan.-April 37,00, per März-Juni 37,25.

Paris, 5 Dez. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Dezember 20 50, p. Januar 20,60, per Januar-April 21,10, p. März-Juni 21,40. — Roggen ruhig, per Dezbr. 14,60, per März-Juni 14,80. — Mehl ruhig, per Dezember 43,90. per Januar 44,10, per Jan.-April 44,00, per März-Juni 44,80. — Rüböl ruhig, per Dezember 53,25, per Januar 53,25, per Januar-April 53,75, per März-Juni 53,75. — Spiritus behpt., per Dezember 35,50, per Jan. 35,75. per Jan.-April 36,50, p. Mai-August 37,50. — Wetter: Bedeckt.

Havre, 5. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann. Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. Dez. 99,75, per März 98,00. p. Mai 96,75. Unthätig.

Havre, 5. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann. Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Baisse.

Rio 18 000 Sack, Santos 7 000 Sack Rezettes für gestern.

Antwerpen, 5. Dez. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 11⅜ bez. und Br., per Dez. 11¼ bez. u. Br., Jan. 11⅝ Br., per Jan.-März 11¾ Br. Fest.

Antwerpen, 5. Dez. Getreidemarkt. Weizen beh. Roggen ruhig. Hafer weichend. Gerste ruhig.

Amsterdam, 5. Dez. Getreidemarkt. Weizen per p. März 146, p. Mai 158. Roggen per März 111, per Mai 111. per Dezbr. —, per Mai —. Rüböl pr. Dez. —.

Amsterdam, 5. Dez. Java-Kaffee good ordinary 52½.

Amsterdam, 5. Dez. Bancazinn 48½.

London, 5. Dez. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. Wetter: Leichter Frost.

London, 5. Dez. Chili-Kupfer 43¾, p. 3 Monat $44^5/_{16}$.

Hull, 5. Dez. [Getreidemarkt.] Weizen ruhig. – Wetter: Trübe.

Glasgow, 5. Dez. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 sh. 10½ d.

Liverpool, 5. Dez. [Getreidemarkt.] Weizen stetig, Mehl ruhig, Mais 1 d. höher. — Wetter: Schön.

Liverpool. 5. Dez., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 500 Ballen. — Weichend.

Middl. amerikan. Lieferungen: Dezember-Januar $4^{17}/_{64}$ Käuferpreis, Januar-Februar $4^{17}/_{64}$ do., Februar-März $4^{19}/_{64}$ Verkäuferpreis, März-April $4^{5}/_{16}$ do., April-Mai $4^{21}/_{64}$ Käuferpreis, Mai-Juni $4^{23}/_{64}$ Käuferpreis, Juni-Juli $4^{25}/_{64}$ Verkäuferpreis, Juli-August $4^{13}/_{32}$ d. Käuferpreis.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 6. Dez. Wetter: Naßkalt.

Newyork, 5. Dez. Weizen per Dez. 67¾ C., per Jan. 68¾ C.

Hamburg, 6. Dez. Salpeter loko 8,55, Februar-März 8,70. Schwach.

Berliner Produktenmarkt vom 5. Dezember.

Wind: NW., früh + 1½ Gr. Reaum., 761 Mm. — Wetter: Neblig.

Auf auswärtige Anregung ist die etwas bessere Haltung, die unser Getreidemarkt heut anfangs zeigte, wohl kaum zurückzuführen, denn wenn auch die amerikanischen Notirungen wiederum etwas höher lauten, waren doch die übrigen Berichte fast durchgängig nichts weniger als fest. Es war wohl mehr Zufall, daß gerade heut, wenigstens was Roggen anbelangt, einige Deckungsordres vorlagen, und die anfängliche Besserung ist denn auch später beim Hervortreten mäßigen Angebots zumeist wieder verloren gegangen. Gekündigt: Roggen 100 To.

Weizen notirt eine Kleinigkeit höher, blieb aber nahezu geschäftslos. Auch Hafer ist auf laufenden Monat infolge einiger Deckungen etwas besser bezahlt worden, während Frühjahrslieferung eher angeboten war. Gek.: 100 To. Weizen.

Roggenmehl zeigte, durch Roggen beeinflußt, etwas festere Haltung. Gek. Roggenmehl 500 Sack.

Rüböl blieb matt; dagegen eröffnete Spiritus zwar etwas niedriger, war aber später in Deckung gefragt und schließt noch etwas höher als gestern. Gek.: Spiritus 170 000 Liter.

Weizen loco 137—148 M. nach Qualität gefordert, gelber märkischer 145—145,50 ab Bahn bez., gelber 143 M. ab Boden bez., Dez. 142 75—143—142,75 M. bez., Mai 150,50 M. bez., Juli 153—152,75 M. bez.

Roggen loco 124—129 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 127,50 M. frei an die Mühle bez., Dez. 126—126,75 bis 126,25 M. bez., Mai 130—130,75—130,25 M. bez

Mais loko 114—124 M. nach Qualität gef., Dezbr 114,00 Mark bez., Januar 115,50 M. bez., Mai 109,75 M. nom., Juni 110,25 M. nom., Juli 110,50 M. nom., September 112,25 nom.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 118—185 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 146—182 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel u. guter ost- und westpreußischer 148—163 M., do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 149—164 M., do. schlesischer 148—162 M., feiner schlesischer, pommerscher und mecklenburgischer 166—171 M., Dez. 154,50 M. bez., Mai 143,50 M. bezahlt.

Erbsen Kochwaare 168—200 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 142—156 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 215—230 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 20,00—18,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,00—14,50 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,50 bis 15,50 M. bez., Dezember 16,40—16,45 M. bez., Januar 16,60 M. bez., Mai 17,05 M. bez., Juni 17,15 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 46 M. bez., Dezbr. 46,7 M. bez., April-Mai 47,4 M. bez., Mai 47,6 M. bez.

Petroleum loko 19,6 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 51,7 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 32,1 Mk. bez., Dez. 31,6—31,9 M. bez., April 37,2 bis 37,5—37,4 M. bez., Mai 37,4—37,7—37,6 M. bez., Juni 37,8 bis 38,1—38,0 M. bezahlt.

Kartoffelstärke, trockene, Dezember 15,50 M. Br.

Kartoffelmehl Dezember 15,50 M. Br.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Weizen auf 143 M. per 1000 Kilogr., für Roggen auf 126,25 M. per 1000 Kilogr., für Mais auf 114,00 M. per 1000 Kilogr., für Roggenmehl auf 16,45 M. per Sack, für Spiritus 70er auf 31,80 M. per 10 000 Liter-Proz.

(N.-Z.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 40 Pf.

Diskonto-Bank Wechs. v. 5. Dez.

Amsterdam	5	8 T.	168 70 bz
London	3	8 T.	20,32 bz
Paris	2½	8 T.	80,75 B.
Wien	5	8 T.	163,10 bz
Petersburg	5	3 W.	212,75 bz
Warschau	5	8 T.	213,75 bz

Berlin. 5. Lombard 5½-6. Privatd. 4½ bz

Geld, Banknoten u. Coupons

Souvereigns	20,33 bz
20 Francs-Stück	16,18 G.
Gold-Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,33 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	80,85 bz
Oestr. Noten 100 fl.	163,30 bz
Russ. Noten 100 R.	214 95 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	106,60 G.
do. do.	3½	99,80 B.
do. do.	3	85,40 B.
Prss. cons. Anl.	4	106,60 G.
do. do.	3½	100,00 G.
do. do.	3	85,40 bz G.
do Scrips, [illegible]		
Sts.-Anl. 1868	4	101,00 G.
Sts.-schld-Sch	3½	99,90 bz
Berl Stadt-Obl.	3½	97,50 B.
do. do. neue	3½	97,80 bz G.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	95,10 G.
Pfandbriefe: Berliner	5	114,10 G.
do.	4½	107,50 G.
do.	4	104,25 G.
do.	3½	98,75 bz
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	96,40 bz G.
Kur. u. Neu-mrk. neue	3½	98,10 G.
do.	4	
Ostpreuss	3½	95,90 bz G.
Pommer.	3½	97,10 bz
do.	4	
Posensch.	4	101,60 G.
do.	3½	96,00 G.
Schls. altl.	3½	97,10 B.
do. do.	4	
ldschl Lt. A	3½	97,10 bz B.
do.	4	101,10 G.
do. neu do.	3½	
do. do. C.	4	101,10 G.
Wstp. Rittr	3½	96,00 B.
do. neul. II.	3½	96,00 B.
Renten: Pommer.	4	102,80 B.
Posensch.	4	102,70 B.
Preuss	4	102,90 bz
Schles	4	102,70 B.
Bad. Eisenb.-A.	4	
Bayer. Anleihe	4	106,10 B.
Brem. A. 1892	3½	96,80 B.
Hmb. Sts.-Rent	3½	97,10 G.
do. do. 1886	3	84,00 B.
do. amort. Anl.	3½	96,70 B.
Sächs. Sts.-Anl.	3½	
do. Staats-Rnt.	3	86,30 B.
Prss. Präm.-Anl	3½	119,10 B.
H. Pr.-Sch 40 T.	—	
Bad. Präm.-Anl.	4	134,90 G.
Bayr. Pr.-Anl.	4	141,00 bz G.

Brnsch. 20 T. L.	—	102,90 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3½	130,50 bz
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50 T.-L.	3	131,80 bz
Lüb. 50 T.-L.	3½	126,75 G.
Mein. 7 Guld-L.	—	26,10 B.
Oldenb. Loose	3	128,00 B.

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	48,75 bz
do. 1888	4½	41,60 bz
Bukar. Stadt-A.	5	93,50 G.
Buen. Air. Obl.	5	33,40 bz
Chines. Anl.	5½	104,20 G.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	95,20 bz
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	97,00 bz G.
do. do.	4	102,60 bz G.
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	56,50 B.
Griech. Gold-A	5	35,50 bz G.
do. cons. Gold	4	129,00 B.
do. Pir.-Lar.	5	31,75 bz G.
Italien. Rente	5	80,40 B.
Kopenh. St.-A.	3½	92,50 G.
Lissab. St. A. I. II	4	50,60 B.
Mexikan. Anl.	6	68,70 bz
Mosk. Stadt-A.	5	67,25 G.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	96,25 bz G.
do. Pap.-Rnt.	$4^1/_5$	93 40 G.
do. do.	$4^1/_5$	93,60 G.
do. Silb.-Rent.	$4^1/_5$	93,25 bz G.
do. 250 Fl. 54.	4	143,75 bz
do. Kr 100 (58)	—	324,50 G.
do. 1860er L.	5	145,00 bz
do. 1864er L.	—	320,50 bz
Poln. Pf-Br. I-V	5	66,10 G.
do. do.	4½	65,20 B.
do. Liq.-Pf.-Br	4	64,25 bz B.
Port. A 88—89	—	27,00 bz
Raab-Gr. Pr.-A.	4	101,25 bz G.
Röm. Stadt-A.	4	80,50 G.
do. II. III. V.	4	74,10 bz G.
Rum. Staats-A.	4	82,40 bz G.
do. Rente 90	4	82,40 bz G.
do. do. fund.	5	102,60 G.
do. do. amort.	5	95,00 bz G.
Rss. Eng. A. 1822 (Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	85,80 bz
do. 1880	4	99,20 bz G.
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldren.	6	
do. 1884 stpfl	5	
I. Orient 1877		
II. Orient 1878	5	67,90 bz
III. Orient 1879	5	69,30 bz
Nikolai-Obl	4	99,90 bz
Pol. Schatz-O	4	
Pr.-Anl. 1864	5	163,80 B.
do. 1866	5	
Bodkr.-Pfdbr.	5	108,10 bz
do. neue	4½	103,00 bz
Schwedische	3½	96,10 G.
Schw. 1890	3½	96,50 bz G.
do. d. 1883	4½	96 40 bz G.

Schw. Hyp.-Pf.	4½	100,90 bz
Serb. Gld-Pfdb.	5	86,20 B.
do. Rente	5	69,10 bz G.
do. neue 85	5	68,80 bz G.
Stockh. Pf. 85	4½	
do. St.-Anl. 86	4	
Span. Schuld.	4	
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. cv.	1	
do do. B.	1	
do. do. C.	1	24,20 bz
do. Consol. 90	4	
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	
do. Eg Trib-Anl.	4½	
Ung. Gld-Rent.	4	94,70 bz
do. Gld.-Inv.-A.		
do. do. do.	4½	100,70 G.
do. Papier-Rnt.		
do. Loose	—	257,30 bz
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	105,50 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	2¼	58,50 bz
Altenbg.-Zeitz	$9^4/_{15}$	192,00 bz G.
Crefelder	4	72,25 bz
Crefld-Uerdng	2	85,40 bz
Dortm.-Ensch.	4½	104,00 bz G.
Eutin. Lübeck	1½	39,10 bz G.
Frnkf.-Güterb.	1	56,00 G.
Ludwsh.-Bexb.	9¼	224,25 bz
Lübeck-Büch.	6	134,50 bz
Mainz-Ludwsh	4¼	108,75 bz
Marnb.-Mlawk.	½	70,40 bz
Meckl. Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,10 bz
Ostpr. Südb.	0	70,10 bz
Saalbahn	0	21,10 G.
Stargrd-Posen	4½	101,80 bz
Weimar-Gera	—	9,70 bz
Werrabahn	0_{185}	47,40 bz
Albrechtsbahn	—	44,10 G.
Aussig-Teplitz	20	575,00 bz G.
Böhm. Nordb.	5	142,75 G.
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	5½	92,60 G.
Buschtherader	$10^2/_3$	
Canada Pacifb.	5	73,40 bz
Dux-Bodenb	5	237,00 bz B.
Galiz. Karl-L.	4½	104,00 bz
Graz-Köflach	6½	119,50 bz G.
Kaschau-Od.	4	89,60 G.
Kronpr. Rud.	4¾	
Lemberg-Cz.	6½	126,00 G.
Oester. Staatsb	—	
do. Lokalb.	4¾	98,10 G.
do. Nordw.	5	103,80 G.
do. Lit. B. Elb.	5½	115,75 bz G.
Raab-Oedenb.	½	25,00 bz G.
Reichenb.-P.	—	93,40 G.
Südöstr. (Lb.)	⅘	43,00 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	97,50 G.
Balt. Eisenb	3	62 30 G.
Donetzbahn	5	109,60 bz
Ivang. Domb.	5	108,25 bz
Kursk-Kiew	12_{18}	
Mosco-Brest	—	70,75 bz
Russ. Staatsb.	6,56	143,80 bz
do. Südwest.	5,45	75,40 G.

Wrsch.-Teres.	5	104,25 bz
Wrsch.-Wien.	11¼	221,20 bz
Weichselbahn	5	71,00 bz
Amst.-Rotterd.	1½	92,25 bz
Gotthardbahn	6½	150,60 bz
Ital. Mittelm.	5	86,50 bz
Ital. Merid.-Bah	$7^1/_5$	108,10 bz
Lüttich-Lmb.	0,8	24,80 bz G
Lux. Pr. Henri	2,7	56,25 bz
Schweiz. Centr	4	114,50 bz
do. Nordost	5	101,30 bz
do. Unionb.	$2^2/_5$	76,50 bz
do. Westb.		
West sicilian.	$3^3/_5$	

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm. Colberg	4½	111,25 bz
Bresl.-Warsch.	$1^9/_{20}$	46,25 bz G
Czakat.-St.-Pr.	5	104,90 bz
Dux-Bodnb AB.		
Paul-Neu-Rup.	5½	111,50 G.
Prignitz	4½	106,80 G.
Szatmar-Nag.	6	82,50 G.
Dortm.-Gron.	4½	113,80 G.
Marienb Mlawk	5	109,25 bz G
Mecklb. Südb.	0	47,00 B.
Ostpr. Südb.	2	105,50 G.
Saalbahn	3½	92,40 bz G
Weimar-Gera	3½	82,50 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Breslau-Warschauer Bahn	5	103,00 G.
Gr. Berl. Pferde Eisenbahn	4	101,20 G.
Oberschl.	3½	
do. (Starg Pos)	4	
Ostpr Südbahn	4½	
do. do.	4½	
Werrab. 1890	4	100,90 G.
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	101,00 B.
Dux-Bodenb. I.		
Dux-Prag G-Pr.	4	99,50 bz G
do. 1891	4	99.50 bz G
Franz.-Josefb.	4	93,50 G.
Gal K. Ludwgbg	4½	
do. do. 1890	4	93,50 B.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	96,75 G.
Kronpr Rudolfb.	4	92,80 G.
do. Salzkamm.	4	100,10 bz G
Lmb Czern. stfr	4	92,00 bz G
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g.	3	83,90 bz B
do. Staats-I. II.	5	107,30 B.
do. Gold-Prio.	4	100,30 bz G.
do. Lokalbahn	4½	95,80 G.
do. Nordwestb.	5	104,00 G.
do. NdwB. G-Pr	5	
do. Lt. B. Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr	3	67,90 B.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Raab Gold-Prior.	3	
Südöst- B. (Lb.)	3	61,30 bz G
do. Obligation.	5	103,25 bz G.
do. Gold-Prior.	4	96.30 bz G

Baltische gar.	5	
Brest-Grajewo gar	5	101.40 G.
Gr. Russ. Eis. g	3	84,00 bz
Ivang.-Dombr. g.	4½	103,00 bz G.
Koziow-Wor. g.	4	94,00 G.
do. 1889	4	94 50 bz G.
do. Chark. As. (O)	4	94,60 G.
do. (Oblig.) 1889	4	95,60 bz
Kursk-Kiew conv	4	94.60 bz G.
Losowo-Sebast.	5	59,50 bz G.
Mosco-Jaroslaw	5	66 60 G.
do. Kursk gar.	4	89,80 G.
do. Rjäsan gar.	4	94,80 G.
do. Smolensk g.	5	101,70 bz
Orel-Griasy conv	4	94,10 G.
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Koziow g	4	94,00 bz G.
Rjaschk-Morcz. g	5	101,30 bz B.
Rybinsk-Bolog.	5	94,00 bz G.
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	98,00 G.
Transkaukas. g.	3	
Warsch.-Ter. g.	5	103,75 bz
Warsch.-Wien n.	4	99,80 bz G.
Wladikawk. O. g.	4	98,20 G.
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	87,50 bz G.
Gotthardbahn cv.	4	103,30 G.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	51,25 bz
Süd-ital. Bahn	3	53,60 B.
Serb. Hyp.-Obl.	5	67,50 bz
do. Lit. B.	5	65,10 bz G.
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	97,75 bz G.
Northern Pacific	6	106,00 bz G.
San Louis-Franc.	6	96,00 bz G.
Southern Pacific	6	106.25 bz

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	110,00 B.
do. do. II.	3½	105,60 G.
do. do. III. abg.	3½	98,50 B.
do. do. IV. abg.	3½	98,50 G.
do. do. V. abg.	3½	95,00 G.
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	111,00 G.
do. do.	4	102,00 bz G
do. do.	3½	94,50 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	100,70 bz
do. do. (unkünd. bar bis 1./1. 1900)	4	102,50 bz
do. do. (rz 100)	3½	93,50 bz
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	102,50 bz G
do. Pr.-Pfdbr.	4	127,00 bz
Pomm. Hypoth.-Akt. B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,00 G.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	114,75 G.
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	106,50 G.
do. do. (rz. 115)	4½	115,00 G.
do. do. X. (rz. 110)	4½	111,40 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,10 G.
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100)	3½	95.00 bz G.
do. do. kündb. 1900	4	102 75 bz G
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	94 75 bz G.

Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	101,00 bz G.
do. do. (rz. 100)	3½	95,50 bz
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	100,00 G.
do. do. do.	4	101,80 bz
do. do. do.	3½	95,00 bz
Schles. B. Cr. (rz. 100)	4	100,50 G.
do. do. (rz. 100)	3½	93,40 bz
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4½	105,50 G.
do. do. (rz. 110)	4	102,10 G.
do. do. (rz. 100)	4	101,25 bz G.

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	3	66,70 bz
Berl. Cassenver.	4½	128 75 G.
do. Handelsges.	6	127,50 bz
do. Maklerver.	½	120,60 G.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	6½	128,80 G.
Bresl. Disc.-Bk.	5	97,30 bz
do. Wechslerbk.	4½	94,25 bz
Danz. Privatbank	7½	
Darmstädter Bk.	5½	
do. do. Zettel	3_{70}	
Deutsche Bank	8	152,60 bz
do. Genossensch	$4^3/_6$	112,30 G.
do. Hp. Bk. 60 pCt	7	117,30 G.
Disc.-Command	6	170,50 bz G.
Dresdener Bank	7	130,60 bz
Gothaer Grund-creditbank	$3^1/_5$	85,60 bz G.
Internat. Bank	—	
Königsb. Ver.-Bk	5	97,10 G.
Leipziger Gredit	8½	175 00 bz G.
Magdb. Priv.-Bk	5	109,10 G.
Maklerbank	5	109,00 B.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.	6	110,00 G.
Mittelд. Cred.-Bk.	4½	93,50 bz
Nationalbk. f. D.	5	105,20 bz B.
Nordd. Grd.-Cr.	1	89,70 bz G.
Oester. Credit-A	$9^7/_{16}$	
Petersb. Disc.-Bk	6	123,75 bz
do. Intern. Bk.	10	126,75 bz
Pomm. Verz.-Akt	6	113,50 bz G
Posen. Prov.-Bk.	4½	103,50 bz B.
Pr. Bodenкr.-Bk.	7	125,90 bz
do. Cnt-Bd 60 pCt	9½	158,75 bz G.
do. Hyp.-Akt.-Bk	6½	125,30 bz G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	6	102,70 bz G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	13	224,00 G.
do. Leihhaus	6	92,80 G.
Reichsbank	6_{38}	153,90 bz
Russische Bank	5	
Schles. Bankver.	6	113,70 bz
Warsch. Comerz	9	
do. Disconto	7½	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	—	140,00 bz B.
Ang. Ct. Guano	11½	144,30 bz B.
Brauereien: Berl.-Charl.	7½	1009,00 G.
City St.-Pr.	5	
Dtsche. [illegible]	3	76,00 G.
[illegible]	3½	64 75 bz B.

Bauges. Humb.	5½	126,00 G.
Moabit	8	137,00 B.
Passage	3½	64,25 G.
U. d. Linden	0	
Berl. Elekt.-W.	—	153,00 bz G.
Berl. Lagerhof	—	77,50 bz G.
do. do. St.-Pr	9	118,50 B.
Ahrens Br., Mbt.	0	40,00 bz
Berl. Bock-Br.	0	52 80 G.
Schultheiss-Br.	16	227,00 bz G.
Bresl. Oelw.	4½	67,25 bz
do. Sprit-A.-G.	7	103,50 G.
Deutsche Asph.	5	75,50 G.
Dynamit Trust	10	125,90 bz G.
Erdmannsd. Sp.	5½	94,00 G.
Fraust. Zucker	0	108,50 G.
Glauz. Zucker	12	109,00 B.
Gummi Har Wien	25	275,00 bz G.
do. Schwanitz	12½	180,00 G.
do. Voigt Winde	8	128,80 G.
do. Valpl. Schldt.	4	89,25 G.
Hemmoor Cem.	6	97,75 bz G.
Köhlm. Strk.	12	
Körbisdf. Zucker	2½	105,00 bz G.
Löwe & Co.	18	252,00 G.
Bresl. Linke	10	148,25 bz
do. Hofm.	10	130,25 G.
Germ. Vrz.-Akt.	6½	66,00 G.
Görlitz cv.	7	114,10 G.
Görl. Lüdr.	9	134,10 G.
Grusonwerk	10	
H. Pauksch	2	55,25 G.
Schwarzkopff	—	210,00 bz G.
Stettin-Vulk.-B.	9	108,00 B.
Sudenburg	14	178,75 G.
O.-Schl. Cham.	—	52,60 G.
do. Port.-Cem.	4½	83 75 bz
Oppeln. Cem.-F.	4	99,00 G.
(Giesel)	2	87,00 B.
Gr. Berl. Pferdb.	12½	238,00 bz
Hamb. Pferdeb.	0	96,00 B.
Potsd. cv. Pfrdb.	5	85,00 bz
Posen. Sprit-F.	4	
Rositzer Zucker	3	70,75 G.
Schles. Cem.	7½	131,25 bz
Stett. Bred. Cem.	2	80,10 G.
do. Chamott.	15	194,40 G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	7	111,20 bz
Berzelius	10	121,90 bz
Bismarckhütte	—	138,75 G.
Boch. Gusst.-F.	—	115,90 bz
Donnersmarck	—	90,75 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	28,00 bz G.
Gelsenkirchen	9	142 40 bz
Hibernia	5¼	109,90 bz
Hörd. St.-Pr.-A.	0	25,25 bz G.
Inowrazl. Salz	1	36,75 bz G.
König u. Laura	3	105,75 bz G.
Lauchham. cv.	4½	87,00 G.
Louis. Tief. St.-Pr	—	93,00 bz B.
Oberschl. Bd.	½	47,20 bz G.
do. Eisen-Ind.	4½	95,50 bz G.
Redenh. St.-Pr.	—	9,00 B.
Riebeck. Mont.	11	157,90 bz
Schles. Kohlw.	0	22,25 B.
do. Zinkhütte	15	179,90 B.
do. do. St.-Pr.	15	179 90 B.
Stolb. Zink-H.	1	31,00 bz G.
do. St.-Pr.	6	102,00 bz G.
Tarnowitz cv.	—	50.75 bz
do. do. St.-Pr	—	[illegible]

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.